

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 09.01.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 23. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 15.12.2011****öffentlich****16.2 Sanierungsgebiet Finkenberg
Städtebauliche Entwicklung von Porz-Finkenberg;
Gemeinsamer Antrag AN/1058/2009 der CDU- und der SPD-Fraktion in
der Sitzung der Bezirksvertretung Porz am 23.06.2009
4817/2011**

Vorsitzender Klipper klipper bittet die Verwaltung um Stellungnahme.

Frau Kröger (Amtsleiterin des Amtes für Statistik und Stadtentwicklung) erläutert, die Sachverhalte seien der Verwaltungsvorlage zu entnehmen. Die Situation in Finkenberg sei bewertet worden und die Verwaltung habe die Maßnahmen beschrieben von denen sie sich Lösungen erhofft habe. Unter anderem habe sie sehr viele und intensive Gespräche mit immer wieder wechselnden Eigentümern geführt, jedoch seien die potentiellen Vertragspartner jeweils kurz vor Vertragsabschluss abgesprungen. Insofern sei die Verwaltung zu dem Ergebnis gelangt, dass in Finkenberg keine Sanierung möglich sei. Das gesamte Areal liege fast ausschließlich in Privatbesitz, so dass städtischerseits kaum Eingriffsmöglichkeiten bestünden.

Vorsitzender Klipper zeigt sich unzufrieden mit der Antwort. Es reiche ihm nicht aufzuzählen, was nicht gehe, vielmehr fehlten ihm Lösungsansätze. Diese seien seines Erachtens nicht erkennbar. Sofern es diese nicht gebe, möge man dies auch klar und ehrlich artikulieren.

SE Frenzel widerspricht der Einschätzung des Vorsitzenden Klipper. Es stimme nicht, dass in Finkenberg nichts unternommen worden sei. Es gebe die Bildungslandschaft Finkenberg und auch im Bereich des Einkaufszentrums und der Fußgängerzone seien Verbesserungen erzielt worden. Der hier zur Beratung stehende Antrag beziehe sich jedoch ausschließlich auf die Forderung nach einem Rückbau von Wohnhäusern, welche sich in privaten Besitz befänden. Es sei dem städtischen

Haushalt nicht zuzumuten, diese zu erwerben um sie dann anschließend niederzulegen. Insofern sei der Verwaltungsvorschlag richtig, den Antrag der Bezirksvertretung abzulehnen. Die Verwaltung könne höchstens Einfluss auf die Belegung nehmen und Empfänger öffentlicher Leistungen beraten, wie sie beispielsweise mit Hilfe von Mietkürzungen Druck auf die Eigentümer ausüben könnten.

RM Sterck ist der Ansicht, die Verwaltung hätte mehr Engagement in die Beantwortung der Fragen investieren sollen; dann wäre die Einbringung der Vorlage in den Stadtentwicklungsausschuss mit dem damit verbundenen negativen Beschluss entbehrlich gewesen. Er sei äußerst unzufrieden über das Vorgehen der Verwaltung, auch weil sie hierfür zwei Jahre gebraucht habe.

RM Zimmermann stimmt den Worten seines Vorredners zu in Bezug auf das Verfahren. Inhaltlich nehme er aber die Verwaltung in Schutz, denn in der Sache habe sie sehr viel unternommen. So sei ein Entwicklungskonzept erarbeitet und beschlossen worden und sie habe erreicht, Fördergelder zu erzielen. Nur sei der private Eigentümer nicht bereit gewesen, seinen Finanzierungsanteil zu leisten. Zudem habe dieser auch gar kein Interesse daran, die Immobilie zu verkaufen, welche ihm als sichere Einnahmequelle diene. Man müsse sich eingestehen, hier an die Handlungsgrenzen angelangt zu sein.

Vorsitzender Klipper erinnert daran, immer davor gewarnt zu haben, ohne verbindliche Vereinbarungen mit den Eigentümern Maßnahmen umzusetzen. Im Übrigen fordere er ebenso wie Herr Sterck, die Verwaltung möge die Fragen der Bezirksvertretung beantworten.

Frau Kröger (Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) versichert, sie habe zahlreiche Gespräche mit der Bezirksvertretung geführt. Mittlerweile habe auch die Bezirksvertretung eingesehen und erkannt, dass die Verwaltung nicht mehr ausrichten könne. Die Einbringung dieser Vorlage habe nur deshalb zwei Jahre gedauert, weil sie zwischenzeitlich weiter versucht habe, Lösungen zu erarbeiten. Ferner sei die Vorlage mit Bedacht in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht worden, weil dieser das zuständige Gremium sei für eine Entscheidung über städtebauliche Konzepte.

Vorsitzender Klipper stellt Einvernehmen im Stadtentwicklungsausschuss fest, die Vorlage mit den Diskussionsbeiträgen zunächst wieder in die Bezirksvertretung Porz zu verweisen.

Beschluss:

Die Diskussionsbeiträge aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses werden zunächst zur weiteren Beratung in die Bezirksvertretung Porz verwiesen.